

# Deutsches Patent- und Markenamt

München, 5. August 2003

Telefon: (0 89) 21 95 - 3076

Aktenzeichen:

102 56 3408.6-34

Anmelder:

s.Adr.

Deutsches Patent- und Markenamt - 80297 München

DaimlerChrysler AG  
Intellectual Property Management  
IPM - C106  
70546 Stuttgart

Ihr Zeichen: P802359/DE/1

Bitte Aktenzeichen und Anmelder bei  
allen Eingaben und Zahlungen angeben

Zutreffendes ist angekreuzt ☒ und/oder ausgefüllt

IPM/C	
Eing.	
BBH. 26. Aug. 2003	
z. Erledigung	
Frist	
z. K.	26. 11. 03

Prüfungsantrag, Einzahlungstag am 2.12.2002

Eingabe vom eingegangen am

Die Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.  
Zur Äußerung wird eine Frist von

**drei Monat(en)**

gewährt, die mit der Zustellung beginnt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z.B. Beschreibung, Beschreibungsteile, Patentansprüche, Zeichnungen), sind je **zwei** Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im Einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt. (Bei deren Nummerierung gilt diese auch für das weitere Verfahren):

- 2 -

## Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmustergesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

**Annahmestelle und  
Nachbriefkasten  
nur  
Zweibrückenstraße 12**

Hauptgebäude  
Zweibrückenstraße 12  
Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof)  
Markenabteilungen:  
Cincinnatistraße 64  
81534 München

Hausadresse (für Fracht)  
Deutsches Patent- und Markenamt  
Zweibrückenstraße 12  
80331 München

Telefon (089) 2195-0  
Telefax (089) 2195-2221  
Internet: <http://www.dpma.de>

Bank:  
Landeszentralbank München  
Kto.Nr.: 700 010 54  
BLZ: 700 000 00

P 2401.1  
4.02

S-Bahnanschluss im  
Münchner Verkehrs- und  
Tarifverbund (MVV):



Zweibrückenstr. 12 (Hauptgebäude)  
Zweibrückenstr. 5-7 (Breiterhof)  
S1 - S8 Haltestelle Isartor

Cincinnatistraße:  
S2 Haltestelle Fasangarten  
Bus 98 / 99 (ab S-Bahnhof Giesing) Haltestelle Cincinnatistraße

1. WO 86/00855 A1
2. DE 195 34 078 A1
3. US 5.337.802 A
4. US 5.325.912 A
5. DE 43 31 142 C2

1) Ergebnis:

Für das derzeit vorliegende Patentbegehren kann keine Patenterteilung in Aussicht gestellt werden. Der Gegenstand des PA 1 ist unklar. Die derzeit erkennbaren, klaren Verfahrensschritte des kennzeichnenden Teils des PA 1 sind dem Durchschnittsfachmann geläufig, wie nachfolgend ausgeführt wird.

Schon jetzt wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass bei der Abfassung neuer Patentansprüche zu beachten ist, dass in mehreren Entscheidungen (vgl. z.B. BGH GRUR 1996, 857 – Rauchgasklappe, Beschl. V. 16.07.1997, 9 W 8 (pat) 13/96) betont wird, dass es zum üblichen Handeln des Durchschnittsfachmanns gehört, ihm bekannte Maßnahmen hinsichtlich ihrer Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen und bedarfsorientiert auszuwählen. Dabei ist seine Auswahl ein Ergebnis einer Entscheidung für eine von wenigen Möglichkeiten, die ihm regelmäßig zuzumuten sind, ohne dass damit eine erfinderische Tätigkeit verbunden wäre.

Diese Gefahr besteht insbesondere, wenn sich die Verfahrensanweisungen in einer Programmanweisung erschöpfen, die allgemein bekannte Vorrichtungen mit bekannten Regeleinrichtungen hinsichtlich einer endlichen Anzahl von Regelmöglichkeiten betreffen.

Bei Weiterverfolgung des Patentbegehren wäre darauf zu achten, dass die angesprochenen Unklarheiten beseitigt werden und dabei der Bezug der dann geltenden Merkmale des Anmeldegegenstandes zu den ursprünglichen Unterlagen hergestellt wird. Weiter wäre der Stand der Technik, gemäß der EH 1 bis 5, im einleitenden Teil der Beschreibung zu ergänzen und derart zu erläutern, daß daraus die Gemeinsamkeiten mit dem Anmeldegegenstand hervorgehen.

2) Gründe:

a) Argumente zum **PA 1** mit Bewertung:

Das Verfahren zur Klimaregelung, gemäß PA 1, umfasst gemäß Oberbegriff – derzeit erkennbar -

- eine Innenraumtemperatur (IST-Wert), die
- unter Berücksichtigung einer jeweils vorhandenen Temperatur eines Außenraums,
- dem das Innenraummedium entnommen wird,
- durch entsprechende Einstellung einer Temperatur des einströmenden Mediums (Einblastemperatur),
- immer auf die eingestellte Soll-Innentemperatur eingeregelt wird, wobei
- (fakultativ) das Medium ggf. vor dem Einströmen abgekühlt und/oder erwärmt wird.

Abgesehen davon, dass im Oberbegriff unklar ist was die Anmelderin mit dem fakultativen Merkmal für den Fall, dass „das Medium vor dem Einströmen abgekühlt und erwärmt wird“ unter Schutz gestellt wissen will, bleibt in dem derzeitigen Schutzbegehren unklar, auf welche Art und Weise eine „Berücksichtigung einer vorhandenen Temperatur (IST) eines Außenraums“ erfolgt. Weiter ist die zeitlich Abfolge des Verfahrens unklar: Was ist im Innenraum (hier Innentemperatur (IST-Wert)), bevor „einem Außenraum“ das „Innenraummedium entnommen“ wird, das dann offensichtlich in den Innenraum von Außen einströmt und dort ein Innenraummedium verdrängt ??? PA 1 ist schon deshalb nicht patentfähig.

Die kennzeichnenden Merkmale des Anspruchs umfassen die Verfahrensschritte:

- S1        Vergleichen der (o.g. ?) Einblastemperatur mit einem voreingestellten ersten Schwellwert
- S2        (Bedingung) wenn der Vergleich in S1 ergibt, dass die Einblastemperatur größer oder gleich dem ersten Schwellwert ist, (dann)
- Durchführen einer herkömmlichen Klimaregelung (St.d.T.) (Definition:) abhängig von der IST-Innentemperatur (=IST-Wert aus dem Oberbegriff),  
 der Soll-Innentemperatur,  
 der Außentemperatur,  
 sowie optional (fakultativ) der solaren Strahlung und/oder der Fahrzeuggeschwindigkeit durch Regeln der Einblastemperatur und/ oder eines Luftmassenstroms

Hier ist unklar, wie im „oder“- Fall, ohne Regeln der Einblastemperatur, eine Temperaturregelung durch einen Massenstrom erfolgen soll.

S3 (Bedingung) wenn der Vergleich in S1 ergibt, dass die Einblastemperatur unter dem ersten Schwellwert liegt, (dann)

Ermitteln, ob eine neue Soll-Innentemperatur durch zumindest einen Insassen über eine Soll-Innentemperatur-Einstelleinrichtung eingegeben wurde,

(Bedingung) wenn in S3 keine neue Soll-Innentemperatur gefunden (wo ?) wurde, (dann) Zurückkehren zu Schritt S1

Hier wird im Zusammenhang mit dem Oberbegriff offen gelassen, wie es zu einer ersten „eingestellten Soll-Innentemperatur“ kommt. Hier fehlt anscheinend der Schritt in früherer Abfolge, an dem „eine neue Soll-Innentemperatur ... eingegeben wurde“ und die Änderung festgehalten wird (damit sie dort „gefunden“ werden kann !, vgl. auch S4).

Weiter ist unklar, was die Anmelderin mit der Angabe „durch zumindest einen Insassen“ alles unter Schutz gestellt wissen will.

S4 (Bedingung) wenn in Schritt S3 eine neue Soll-Innentemperatur „gefunden“ (s.o.) wurde, dann

Ermitteln einer Soll-Innentemperatur-Änderung aus der Differenz der neuen Soll-Innentemperatur und der bisherigen Soll-Innentemperatur (s.o.).

S5 Feststellen, ob

die Soll-Innentemperatur-Änderung einen Wert kleiner Null aufweist und

die neue Soll-Innenraumtemperatur unter einem zweiten Schwellwert liegt,

(Bedingung) wenn entweder

die Soll-Innenraumtemperatur-Änderung einen Wert größer oder gleich Null

und/oder

die neue Soll-Innenraumtemperatur größer oder gleich dem zweiten Schwellenwert ist,

Zurückkehren zu Schritt S1,

Hier ist ein logischer Fehler im Algorithmus für den „oder“- Fall, wenn die neue Soll-Innenraumtemperatur größer oder gleich dem zweiten Schwellwert ist und die Soll-Innentemperatur-Änderung kleiner Null ist, wird zu Schritt S1 „zurückgekehrt“ und S6 nie erreicht.

S6 (Bedingung) wenn die Soll-Innenraumtemperatur-Änderung kleiner Null

und die neue Soll-Innenraumtemperatur kleiner als der zweite Schwellwert ist, (dann)  
Überprüfen, ob sich ein Gebläse der Klimaanlage, über das der Luftmassenstrom geregelt wird im Automatikbetrieb befindet,

Zwar sind dem Durchschnittsfachmann Klimaanlage, wie sie für das beantragte Verfahren genutzt werden, und die einzelnen Komponenten einer solchen Klimaanlage, wie Gebläse und auch ein Luftmassenregler, geläufig, jedoch ist in einem Patentanspruch, der ein Verfahren zur Klimaregelung betrifft, die Einführung eines Automatikbetriebs ohne Angabe einer nacharbeitbaren Funktion unklar, weil damit die Kriterien der „Überprüfungs“entscheidung nicht klar sind.

S7 (Bedingung) wenn sich das Gebläse in Schritt S6 nicht im Automatikbetrieb befindet, (dann)

Umschalten des Gebläses auf Automatikbetrieb,

Abgesehen davon, dass die unterschiedlichen möglichen Betriebsarten bei dem beantragten „Verfahren zu Klimaregelung“ unklar sind, gilt das zu S6 Gesagte analog.

S8 (Bedingung) wenn sich das Gebläse in Schritt S6 im Automatikbetrieb befindet oder

in Schritt S7 auf den Automatikbetrieb umgeschaltet wurde, (dann)

Erhöhen der Gebläseleistung in Abhängigkeit von  
der Außentemperatur

und der Soll-Innentemperatur,

danach Rückkehr zu Schritt S1.

Hier ist unklar, auf welche Art und Weise die Definition der Abhängigkeit, d.h. die Funktion definiert ist und wie das Abbruchkriterium „danach“ definiert ist. Unabhängig davon ist die Bedingung in der Schrittabfolge redundant.

Insgesamt ist anzumerken, dass auch die derzeit erkennbaren Abbruchkriterien unklar sind. So endet das Verfahren im Fall Einblastemperatur größer oder gleich dem ersten Schwellwert (z.B. nach PA 5 = 10°C) immer im „Durchführen einer herkömmlichen Klimaregelung“ in Schritt S2, womit offensichtlich der bekannte Stand der Technik gemeint ist. Wenn der

Fall Einblastemperatur unter dem ersten Schwellwert eintritt (d.h. nach PA 5  $< 10^{\circ}\text{C}$ ) und ein Insasse eine neue Soll-Innentemperatur eingibt (weil es ihm/ihr wahrscheinlich zu kalt wird ?), die unter dem zweiten Schwellwert (d.h. nach PA 5  $< 22^{\circ}\text{C}$ ) liegt, endet das Verfahren im „und/-“ Fall in Schritt S5, ohne dass sich an der Innentemperaturregelung etwas ändert.

Das Verfahren ist aus den genannten Gründen unklar und deshalb nicht patentfähig.

b) Argumente zu den **Unteransprüchen 2 bis 7** mit Bewertung:

**PA 2** ist unklar, weil Schritt 7 Informationen aus Schritt 6 bedingt.

**PA 3** ist unklar durch die Rückbeziehung auf PA 2. Weiter ist die Logik in PA 3 unklar, weil bei einer „eingestellten Soll-Innenraumtemperatur“, gemäß Oberbegriff PA 1 immer eine „bisherige Soll-Innenraumtemperatur“ vorhanden ist und damit PA 3 nie greift.

**PA 4** ist unklar. Hier gilt das zu PA 1 (S6) Gesagte analog.

Die Rückbeziehung des **PA 5** auf PA 2 ergibt keinen Sinn, weil der zweite Schwellwert nicht erforderlich wird (vgl. a)).

In **PA 6** gilt das zu PA 1 Gesagte analog (vgl. S8).

Eine Mehrzonen Klimaanlage, entsprechend PA 7 ist durch die EH 1 gezeigt.

3) Zum Stand der Technik:

Aus verfahrensökonomischen Gründen wird schon jetzt neben dem genannten Stand der Technik (EH 5) auf die derzeit ermittelten EH en 2 – 4 hingewiesen, die ggf. einem neu formulierten Schutzbegehren entgegen stehen könnten.

Auf die parallele Anmeldung 102 56 409.4-34 wird verwiesen.

Mit den vorliegenden Unterlagen kann eine Patenterteilung nicht in Aussicht gestellt werden; es muss vielmehr mit der Zurückweisung der Anmeldung gerechnet werden.

Falls eine Äußerung in der Sache nicht beabsichtigt ist, wird eine formlose Mitteilung über den Erhalt des Bescheides erbeten.

Prüfungsstelle für Klasse F24F

Jörg Czarnowski

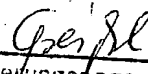
HA 2656

e-mail: JoCzarno@dpma.de

Anlagen: Ablichtungen von 5 Druckschriften

Ge

Ausgefertigt

  
Regierungsangestellte

